

II-6523 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 3231/J

1989 -02- 0 2

A n f r a g e

der Abgeordneten Apfelbeck, Dkfm.Bauer, Dr.Gugerbauer, Haupt
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend die Erhöhung der Mehrwertsteuer für ärztliche
Leistungen

Die Erhöhung der Mehrwertsteuer für ärztliche Leistungen ab
1.1.1989 könnte zu einer Reihe von schwierigen Abgrenzungs-
und Gleichbehandlungsproblemen führen. Diese Mehrwertsteuer-
erhöhung verschärft auch das Problem der Ungleichbehandlung
von Sozialversicherungen und Privatversicherungen im Lichte
des verfassungsmäßigen Gleichheitsgebotes.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn
Bundesminister für Finanzen die

A n f r a g e :

- 1) Mit welchen finanziellen Auswirkungen auf die Patienten
und insbesondere auf die Prämien der Privatversicherungen
rechnen Sie aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung für
ärztliche Leistungen?
- 2) Mit welchem Mehrwertsteuersatz müssen ab 1.1.1989 die
Leistungen eines angestellten Primararztes versteuert
werden, der seine Leistungen im Spital für Privatpatienten
erbringt?
- 3) Mit welchem Mehrwertsteuersatz müssen ab 1.1.1989
zahnärztliche Leistungen für Privatpatienten versteuert
werden, wenn diese einerseits von einem frei praktizierenden
Zahnarzt und andererseits von einem Spitalsambula-
torium erbracht werden?
- 4) Nach welchen Kriterien bestimmt sich der Status a) eines
Ambulatoriums, und b) eines veterinärmedizinischen Am-
bulatorium, für welches der ermäßigte Mehrwertsteuersatz
zur Anwendung kommt?

- 2 -

- 5) Wie schätzen Sie die Gefahr ein, daß die Ungleichbehandlung von Sozialversicherungen und Privatversicherungen im Mehrwertsteuerrecht vor dem Verfassungsgerichtshof angefochten und aufgehoben wird?
- 6) Ist die Umsatzsteuerbefreiung der Sozialversicherungsträger EG-Konform?